

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Annoneen-
Annahme-Bureau
Posen außer in der
Ueberlass dieser Zeitung
(Wübbelstr. 17.)
bei G. S. Ulrich & Co.
Breitestraße 20,
Brätz bei J. Streissand,
Meiserich bei H. Matthias,
Breschen bei J. Jäckel.

Annoneen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Baube & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Moes.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 124.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bezahlungen zu nehmen alle Postanstalten des deutschen Reichs an.

Montag, 19. Februar.

1883.

Amtliches.

Berlin, 17. Februar. Der Kaiser hat den Konsul v. Tressow in zum General-Konsul in Konstantinopel ernannt. Der König hat dem Kaufmann Jacob Landsberger zu Berlin den Ritterorden verliehen. Der Amtsrichter Müller zu Greifenseberg i. Schl. ist zum Zweck seiner Übertritts in das Ressort des Ministeriums der geistlichen, Universitäts- und Medizinalangelegenheiten zum Regierungsassessor ernannt; ihm selben die Stelle des Justitiars und Verwaltungsraths bei Provinzial-Schulcollegium in Koblenz verliehen worden. Besetzt sind: der Amtsgerichtsrath Heine in Deutsch-Krone als Amtsgerichtsrath an das Landgericht in Schneidemühl, der Amtsrichter in Lewin an das Amtsgericht in Greifenseberg i. Schl., der Amtsrichter Morffner in Abergard an das Amtsgericht in Köln und Amtsrichter Hengster in Binten an das Amtsgericht in Fischhausen. Landgerichtsrath v. Wertheim in Stade und dem Landgerichtsrath v. Wartenstein ist die nachgeführte Dienstentlassung ertheilt. In die Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Block in Neuenburg bei dem Landgericht in Grauden. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichtsassessor Lüden bei dem Landgericht in Herford, der Gerichtsassessor Timm bei dem Landgericht in Haldern, der Gerichtsassessor Dr. Reichard bei dem Landgericht in Hamm, der Gerichtsassessor Dr. Friedländer bei dem Landgericht in Bremen und der Gerichtsassessor Bauck bei dem Amtsgericht in Bremen. Die nachgeführte Entlassung als Notar ist ertheilt: dem Notar, Magistrat Lüden in Herford und dem Notar Hanke in Siegen. Dem Gerichtsassessor Dr. Gabriel ist behufs Übertritts in das Ressort des königlichen Amtes die nachgeführte Dienstentlassung ertheilt. Der Staatsanwalt und Notar, Justizrat Weier in Prellau ist gestorben.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhans.

28. Sitzung.

Berlin, 17. Februar. Am Ministertische: Dr. Friedberg, May-

Lucius.

Brauerei v. Köller eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Interpellation des v. Kesseler:

„Liegt es in der Absicht der königlichen Staatsregierung, bald und schon vor Publikation des in der Bearbeitung begriffenen Zivilrechtsbuches eine neue Hypothesenordnung für den Seitungsbezirk des rheinischen Zivilrechts vorzulegen?“

Abg. v. Kesseler motiviert diese Interpellation mit dem Vorwurf, dass es unmöglich ist, das Eigentum an Grund und Boden zu schützen. Der Missbrauch der Unerschaffbarkeit der Landbevölkerung sei privilegiert. Deshalb seien schon vielfache Angriffe auf das deutsche Hypothesenwesen gemacht worden. Die Gerichte selbst haben sehr abfällige Kritik darüber gesetzt. Allein bis jetzt sei keine Maßnahme getroffen. Was sich in dem größten Theile der Monarchie glänzend bewährt hat, sollte man den Rheinlanden nicht vorenthalten.

Justizminister Dr. Friedberg: Zur Zeit liegt es nicht in der Absicht der Regierung, also bald mit einer solchen Gesetzgebung vorzugehen. Das Vorhandensein der Mängel erkenne ich vollständig an, nur der jetzige Zeitpunkt zu einer Änderung nicht geeignet. Die Regierung hatte schon im Jahre 1886 die Absicht, hier gesetzgeberisch vorzugehen, allein die Kosten der Abänderung wären so groß gewesen, dass die Vorteile wieder aufgewogen hätten. Auch mehrere spätere Gesetzesvorhaben haben nicht die Billigung des Provinziallandtages gefunden. Die Gerichte verneinten sogar das Bedürfnis eines solchen Gesetzes. Mit meiner ablehnenden Haltung will ich nicht aussprechen, ob ich die Abänderung nicht im Auge zu behalten beabsichtigte. Ich habe die schreitenden Missstände vorläufig wenigstens zu begutachten. Grade von rheinischer Seite bin ich aufmerksam gemacht worden, dass es sehr bedenklich sein würde, vor Einführung des neuen Zivilrechtsbuches mit der Abänderung vorzugehen. Wenn ich auch so nicht gehe, so halte ich doch zur Zeit eine solche Änderung für möglich, erkläre aber, dass ich durch eine intermédiaire Novelle Abhilfe zu schaffen und zugleich die Wege zur künftigen Reform vorzubereiten suchen werde.

Abg. Bachem erklärt, dass er von einer Besprechung der Interpellation Abstand nehme, da ihn die Antwort des Justizministers vollkommen befriedigt habe.

Damit ist die Interpellation erledigt. Es folgt die Fortsetzung der weiten Besprechung des Etats und zwar des Etats der Eisenbahnverwaltung.

Abg. v. Tieckmann (Borsig) erstattet den mündlichen Bericht des Budgetkommission über die Einnahmen und Ausgaben des Etats der Eisenbahnverwaltung für das Jahr vom 1. April 1883 bis 1884. Die Einnahmen sind auf 514,7 Millionen veranschlagt, die Ausgaben auf 384,6 Millionen, so dass ein Überschuss von 130,1 Millionen verbleibt. Es sei nun eingewendet, dass die Einnahmen zu hoch veranschlagt seien, da für ihre Feststellung die Resultate des letzten Jahres noch nicht verwendet werden könnten. Gest eine Änderung unter Berücksichtigung dieser Resultate vorzunehmen, hat die Regierung als absolut unaufführbar wegen der technischen Schwierigkeiten abgelehnt. Auch sei nicht anzunehmen, dass das nächste Jahr so erhebliche Steigerung der Einnahmen aufweisen würde, wie nach dem laufenden Jahre annehme, da die letzte Ernte eine aussergewöhnlich gute gewesen ist und in Folge dessen namentlich der Getreideexport sich beinahe verdoppelt hat. Man könne der Staatsregierung also keinen anderen Vorwurf machen als den der Vorsicht.

Bei Tit. 1 „Einnahmen des Direktionsbezirks Berlin“ macht Abg. Bachem eine Reihe von Ausstellungen an dem Etat der Eisenbahnverwaltung. Die Differenz zwischen dem Etat und der wirklichen Einnahme sei so bedeutend gestiegen, dass wir in den Mahnregeln dem steuerlichen Gebiete von den schwankenden Einnahmen mehr abhängig werden. Die Kommission ist nun nicht in der Lage, in einer wirklichen Prüfung des Etats einzutreten. Die Verbilligung der Einnahmen könnte ein bedeutend günstigeres Resultat aufweisen. Die Staatsregierung geht hier von den Ergebnissen des Jahres 1881-82 aus. Gest, wo die Resultate des letzten Jahres vorliegen, sind wir in der Lage, eine ganz andere und bedeutendere Verbilligung für das nächste Jahr annehmen zu können. Wir können

ganz urbedenklich die Einnahmen um etwa 2 Prozent, also um 10, ja 15 Millionen steigern. Von dem gegenwärtigen Etat aus würden sich die Ausgaben in stärkerem Maße vermehren als die Einnahmen. — Redner vermisst ferner eine Übersicht über die Resultate des Sekundärbahnbetriebs und tritt zum Schluss der Auffassung der Regierung entgegen, dass sie berechtigt sei, Eisenbahnstreifen aus eigener Machtvollkommenheit außer Betrieb zu setzen, wie sie das mit der Strecke Herne-Bockum gethan. Dazu sei die Genehmigung des Landtages unentbehrlich.

Abg. Dr. Hammacher: Wohl sämtliche Mitglieder der Kommission müssen anerkennen, dass der Etat äußerst vorsichtig aufgestellt und das ebenso wie bisher die Ergebnisse der früheren Jahre vermerkt wurden. Die Schwankungen des Verkehrs, der Ernten u. s. w. machen die Eisenbahnen überhaupt zu einer schwankenden Einnahmequelle. Auch ist es doch besser, wenn für das folgende Jahr eine zu niedrige, als eine zu hohe Einnahme veranschlagt ist. Gest die Einnahmeposition im Etat zu erhöhen, ist gar nicht möglich, da ja damit das ganze Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben gefährdet würde. Was das Recht des Staates betrifft, eine Strecke außer Betrieb zu setzen, so muss man streng unterscheiden, ob die Außerbetriebsetzung ein Akt der Verwaltung oder ein staatsrechtlicher Akt ist. Prinzipiell halte ich die Genehmigung des Landtages für erforderlich, denn es ist eine Disposition über das Staatseigenthum. Wo durch die Staatsregierung dem Staate selbst Einnahmen entzogen oder das Staatseigenthum berührt wird, ist die Zustimmung der Häuser unentbehrlich. Allein wenn da, wo minima non curat practor, die Verwaltung eine solche Maßregel trifft, die klarer Weise im Interesse der Verwaltung liegt, können wir von der Befragung des Landtages wohl abschließen. Die Häuser des Landtages haben ja noch immer das Recht nachträglich die Disposition der Verwaltung rückgängig zu machen. Darüber ein Landsgesetz zu Stande zu bringen, erscheint sehr schwierig. Gehen wir deshalb von praktischen Gesichtspunkten aus, nehmen wir die Sache wie sie ist, legalisieren wir den Akt der Staatsregierung.

Abg. Schreiber (Marburg) hält die Regierung für durchaus berechtigt, einzelne Strecken außer Betrieb zu setzen. Dieselben, deren Interessen dadurch verletzt würden, könnten sich ja mit Beschwerden und Gejuch an den Landtag wenden.

Geh. Rath Lamprecht tritt den Aussführungen des Abg. Bücktemann entgegen und behauptet, dass die Regierung bei Aufstellung dieses Etats genau ebenso versahen sei, wie in den früheren Jahren, wo sie stets die Zustimmung des Landtages gefunden. Unter den gänzlich veränderten Verkehrsverhältnissen der letzten Jahre sei es natürlich, dass der Anschlag nicht so genau sein könnte, wie in früheren Jahren. Allein die mögliche Vorsicht sei von der Regierung gewahrt worden.

Abg. Roth Breseleb sucht ebenfalls die erhobenen Bedenken zu zerstreuen, namentlich in Bezug auf die Frage der Außerbetriebsetzung. Die Regierung erkläre, die volle Verantwortung dafür zu übernehmen. Sie habe ja auch den Landtag vorher davon in Kenntnis gesetzt, welche Strecken sie außer Betrieb zu setzen gedense.

Abg. Bücktemann hält daran fest, dass die Steigerung der Einnahmen nicht einmal mit der von der Regierung angenommenen Steigerung des Verkehrs gleichen Schritt halte. Mit der Erklärung der Staatsregierung über die Betriebeinstellungen erklärt er sich einverstanden.

Darauf wird der Titel genehmigt.

Bei Titel 2 „Direktionsbezirk Berlin, Einnahme aus dem Güterverkehr 45.400.000 Mark“, bellagt

Abg. Schulz (Leipzig), dass die Eisenbahnverwaltung zu wenig Rücksicht nehm auf die Lage des Grundbesitzes, namentlich des Bauernstandes. Redner versucht nachzuweisen, wie die Landwirtschaft in den letzten fünfzig Jahren zurückgegangen sei. (Rufe: Eisenbahn!) Der Präsident fordert den Redner auf, zur Sache zu sprechen. Die Eisenbahnverwaltung möge namentlich die Beförderung der Kalisalze und der Düngemittel begünstigen. Möge sie diesen Strom des Lebens sich erquick lassen in alle Gegenden unseres Vaterlandes (große Heiterkeit), dann wird's besser werden. Alle unsere Fortschritte in Kunst und Wissenschaft vermehren nicht die Bedingung der Existenz des Menschen, und wenn auch ein kleiner Bruchteil ihrer bedarf, so ist doch die Gesamtheit nicht darauf angewiesen.“

Abg. Frhr. v. Gieseler bittet um eine Verlängerung der Verabredung für Kohlen auf den oberschlesischen Bahnen.

Abg. Budwig: Der Abg. Schulz hat die absolut richtige Ansicht vertreten wollen, dass für landwirtschaftliche Düngungsmittel ein billiger Tarif gewährt werden muss. Der Herr hat eine hochwichtige Angelegenheit angeregt. Wir könnten in Deutschland mit großer Leichtigkeit selbst schaffen, was wir zur Ernährung brauchen. Dann erfüllt mir das auf eigenen Füßen stehende Land (Heiterkeit), wie im Jahre 1870. Es ist sehr wichtig, dass die Halbstoffe in den großen Städten wieder dorthin gebracht werden, woher sie gekommen sind. (Heiterkeit.) Was die Menschen von ihrer Ernährung übrig lassen, muss an die ursprüngliche Stelle zurück. (Große Heiterkeit.) Vor einigen Jahren glaubten die Bäuerinnen der Stadt Berlin mit ihrer Kanalisation, welche heute schon eine übelriechige Gestalt angenommen hat (Große Heiterkeit), auszukommen. Man wird zu einer anderen Methode zurück brennen müssen. Die ganze Entwicklung der Welt seit vielen Jahrtausenden hängt von dieser Frage ab (Heiterkeit.) Anstatt Düsseldorf soll man von üblem Gerude befreite Orte schaffen, von wo aus der Minister der Landwirtschaft (Große Heiterkeit) die Stoffe dorthin bringen lassen kann, wo der Landwirt sie braucht.

Die Position wird genehmigt. Bei Kap. 16 der Einnahmen „Bezirk der Eisenbahnverwaltung zu Köln“ macht Abg. Berger darauf aufmerksam, dass die rechtsrheinische Linie für den Hochwasserstand des Rheins viel zu niedrig gelegen sei.

Abg. Hammacher fragt an, ob nicht Veröffentlichungen über den Verkehr der einzelnen Direktionsbezirke wieder wie früher herausgegeben werden könnten, namentlich eine Güterstatistik sei von grossem Interesse.

Geh. Rath Fleck stellt die Ausdehnung einer solchen Statistik über das ganze Reich in Aussicht.

Abg. Frhr. v. Beaujeu-Marcouney verbreitet sich im Allgemeinen über die Wirkungen des Ausnahmetariffs, namentlich in Bezug auf die Landwirtschaft. Er verweist darauf, dass in Folge dieser Tarife die Ausfuhr, welche sich früher der Emshäfen zugewandt, jetzt nach Holland geht. Die Wirkungen machen sich in den Emshäfen bereits sehr fühlbar und sei ein noch weiterer Rückgang in den dortigen Transportverhältnissen zu erwarten, wenn nicht für die Erhöhung des Verkehrs in den Emshäfen schleunigst Sorge getragen werde.

Derzeit 20 Pf. die geschwanzte Bettwolle über bereu Baum, Stoffen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Abg. Büchtemann schließt sich den Aussführungen des Vorredners im Allgemeinen an und macht darauf aufmerksam, dass noch immer 42.000 Tonnen englischer Kohlen importiert werden. Wollte man diesen Import verhindern, dann sollte man es zunächst mit den Eisenbahn tarifern veruchen, nicht aber mit kostspieligen Kanälen, wie sie jetzt beabsichtigt.

Geh. Rath Fleck erwidert, dass über diesen Gegenstand Verhandlungen mit den Handelskammern und anderen interessirten Behörden stattgefunden haben.

Bei Kapitel 20, „Privateisenbahnen, bei welchen der Staat beteiligt ist“, bringt

Abg. von Heydebrand und der Laasa im Interesse derjenigen Gegenden, die unter dem Roche der Privatbahnen seufzen, die Zustände auf der Rechten Oder-Usel-Bahn zur Sprache. Den Interessenten der Landwirtschaft und der Industrie könne nur dann geholfen werden, wenn der Tarif, der für die Staatsbahnen gilt, auch hier eingeführt wird. Die Bahn beherrsch die ganze rechte Oderseite mit einem gewissen Vorrang und erhebt außerordentlich hohe Tarifzölle. Daher erklären sich auch die hohen Dividenden der Aktionäre. Dieselben wollen die Übernahme der Bahn durch den Staat gegen eine möglichst hohe Summe erzwingen, indem sie auf die hohe Rentabilität der Bahn hinweisen. Hier möge der Herr Minister Abbilse schaffen. Und die Herren aus dem reichen Westen sollten dem armen Osten auch etwas gönnen.

Minister Manbach erwidert, die Regierung habe hier nicht freie Hand, insofern als sie gegen den Willen der Gesellschaft die Tarifzölle nicht herabsezgen kann. Mit Zwang könne man Angestalte des Gesetzes und der Konfession nicht vorgehen. Die Regierung wird aber jedes zulässige Mittel in Anwendung bringen um bei der Gesellschaft die Überzeugung zu erwecken, dass sie der öffentlichen Stimme gegenüber nicht länger mit den Konzessionen zurückhalten dürfe. Nun hat man vorgeschlagen, die Regierung solle eine eigne Eisenbahn bauen. Dieselbe würde etwa 60 Millionen kosten. Wenn man aber andere billigere Mittel hat, wäre dieses Mittel eine Verschwendug des Nationalvermögens.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Mich hat die Antwort des Herrn Ministers in hohem Grade beeindruckt. Ich will nur einige Grundschauungen des Herrn v. Heydebrand nicht widerstehen lassen. Derselbe hat von Gegenden gesprochen, die unter dem Banne der Privatbahnen schwanken. (Rufe rechts: seufzen.) Früher haben Sie (zur Rechten) nach der Rechten Oder-Usel-Bahn geschaut und jetzt, wo Sie sie haben, seufzen Sie. (Heiterkeit) Gerade Sie haben damals mit grossen Erwartungen die Bahn verlangt. Aus der Thatache, dass, wie Herr v. Heydebrand sagte, die Gesellschaft die Verstaatlichung der Bahn herbeiführen will, folgt, ein wie großes Element von Unsicherheit die Verstaatlichung in das Eisenbahnwesen gebracht hat. (Oho! rechts.)

Abg. v. Lyskowksi bittet um eine Erleichterung des Kohlentransports auch in kleinen Porten.

Abg. Berger wendet sich gegen den Appell des Abg. v. Heydebrand an die reichen Leute im Westen. Der Westen sei gar nicht so reich, er erinnere an den Rothstand in der Eifel, an die Lippeburger Haide. Nur das Rheinengebiet sei reich. Auch habe der Staat ja nicht dem Westen die Bahnen gebaut, sondern dieser selbst, und der Staat habe sie erst billig übernommen, so dass jetzt die Erträge derselben dem Osten zu gute kommen könnten.

Abg. v. Heydebrand erwidert dem Abg. Meyer, die Gegend seufze nicht über die Bahn, sondern über die Tarife. Derselbe habe mit seinen humoristischen Deduktioen die Sache wohl verschleiert, bewiesen habe er nichts.

Abg. Dirichlet: Die Tarife dürften nur insoweit billiger werden, als es mit der Rentabilität der Bahn vertraglich sei. Die Erleichterung aber, die die Landwirtschaft durch Verbilligung der Kohle erfahre, werde ihr wieder genommen durch den Holzzoll. (Widerspruch rechts) der das Brenn- und Nutzholz, das für die Landwirtschaft so wichtig wäre, vertheue. Die Herren der Rechten vergessen eben, dass es einen Unterschied zwischen Gross- und Kleingrundbesitz gebe.

Damit sind die Einnahmen erledigt. Es folgen die Ausgaben, die zusammen 295,5 Millionen betragen gegen 274,5 Millionen im Vorjahr. Bei Kap. 24, Tit. 1 (Gehälter der Präsidenten, der Direktion, der Eisenbahnbau-Inspektoren z. 369,150 M.) bemerkt Abg. Büchtemann: Abgegeben von geringen Differenzen sind Einnahmen und Ausgaben in den letzten Jahren gleich gewesen, so dass man von einer Herabsetzung der Tarife, auf die man bei der Verstaatlichung der Bahnen so sicher rechnet, vorläufig noch wird absehen müssen. Es wäre wünschenswert gewesen, dass die Regierung über die Beamten sich etwas deutlicher ausgesprochen hätte, namentlich mit Rücksicht auf die Petitionen der Betriebssekretäre um Gehaltserhöhung. Redner geht dann auf die Stellung der Betriebssekretäre ein und führt aus, dass dieselben sehr wenig Aussicht auf Avancement hätten, dass der Mehrzahl derselben die Stellung des Eisenbahnsekretärs verschlossen sei, und dass sie sich mit einem völlig unzureichenden Gehalte beschließen müssten.

Abg. Dr. Hammacher geht ebenfalls näher auf die Lage der Betriebssekretäre ein. Man habe die Zahl der Eisenbahnsekretäre herabgesetzt, dagegen die der Betriebssekretäre erheblich vermehrt. Da nur wegen der beschränkten Anzahl der Eisenbahnsekretärstellen nur wenige der Betriebssekretäre avancieren könnten, müsste ihnen wenigstens Gelegenheit gegeben werden, im Gehalte zu steigen. Deshalb müsste das Maximalgehalt entschieden erhöht werden. Das Haus habe auch im vorigen Jahre eine Resolution angenommen, in welcher dem Herrn Minister eine Gehaltserhöhung der Eisenbahnbeamten empfohlen war, derselbe habe möglichst Berücksichtigung der Wünsche versprochen, denselben aber nur in sehr geringem Umfang entsprochen.

Abg. Berger schließt sich den Beschwerden des Vorredners an und hebt hervor, dass im Jahre 1872 noch 148 Eisenbahn- und 189 Betriebssekretäre angestellt gewesen seien, während wir heute nur noch 129 Eisenbahnsekretäre, dagegen aber 364 Betriebssekretäre hätten.

Geh. Rath Fleck erwidert, dass die Regierung bereit sei, ausnahmeweise solchen Betriebssekretären, welche in eine höhere Stellung nicht einrücken können, eine Gehaltszulage zu gewähren.

Die Abg. v. Schorlemmer-Alsi und Berger treten für eine Aufbesserung der Siedlung der Bahnmeister ein. Dieselben hätten eine außerordentlich große Verantwortung zu tragen und müssten dementsprechend besser im Gehalte gestellt werden als bisher. Ferner sei es nicht recht, dass man sie in letzter Zeit noch zur Erledigung schriftlicher Arbeiten verweise, ohne sie irgendwie zu entschädigen, man habe sie jetzt vielmehr noch schlechter gestellt als bisher, indem man ihnen ver-

boten, die zweite Wagenklasse zu benutzen, während den im gleichen Range mit ihnen stehenden Beamten diese Wagenklasse gestattet sei.

Geb. Rath Fieck erwidert, daß die Bahnmeister bei den Staatsbahnen durchaus nicht schlecht gestellt seien, daß dies vielleicht an manchen Privatbahnen der Fall sein mag. (Hört! hört! rechts.) Die Benutzung der zweiten Wagenklasse sei ihnen verboten worden aus Rücksicht auf das Publikum, da sie in der Regel frühere Maurer oder Zimmerer mit nur geringer Bildung seien, ihre Kleidung auch beim Dienste nicht immer ganz sauber sein könne.

Abg. Bachem verwendet sich ebenfalls für die Bahnmeister.

Abg. Hammacher bittet um Ausbesserung der Gehalte der Telegraphisten.

Minister Maybach: In diesem wie in dem anderen Hause hat man der Budgetpraxis entsprechend nicht mit Geldforderungen an uns heranzutreten, sondern hat zu warten, ob die Regierung eine Bewilligung fordert. Im Gegensatz dazu hat man heute sogar über eine Petition der Eisenbahnmitläufer debattiert, die noch gar nicht zur Diskussion stand. Das kann ich im Interesse der Verwaltung nur bellagen. (Sehr richtig! rechts) Wenn jeder Abgeordnete für einen Leibbeamten aus dieser oder jener Kategorie eintritt, dann kommen Sie uns mit Forderungen, denen zu genügen keine Verwaltung im Stande ist. Uns liegt die Sorge um die Beamten ebenso, vielleicht noch mehr am Herzen wie Ihnen. Aber wir haben noch andere Rücksichten zu nehmen. Wobin sollen wir mit unseren Finanzen kommen? Sie stellen die Anträge, die Verantwortung für die Folgen trägt aber die Regierung. Wir werden Abhilfe schaffen, allein allen Wünschen zu genügen, ist unmöglich. Man hat über das viele Schreiben gelaufen. Allein man vergibt, daß wir uns in einer Übergangsperiode befinden, da in den letzten 10 Jahren 2000 Km. neuer Strecken in Betrieb gesetzt, 2000 neu gebaut und 2000 in Angriff genommen sind. Das zeigt doch, daß die Staatsverwaltung ihrer Pflicht gewachsen ist und, ich glaube, auch die Fähigkeit besitzt, allen berechtigten Anforderungen zu genügen. (Beifall rechts).

Abg. Cremer begt volles Vertrauen zu den Worten des Ministers, meint aber, daß die Stellung der Bahnmeister doch eine Gehaltsverbesserung verdienen, da sie eine so große Verantwortlichkeit zu tragen hätten.

Abg. Schorlemmer tritt diesen Aussführungen bei; der sozialen Stellung der Bahnmeister wäre es entschieden, daß sie in der zweiten Klasse fahren dürften, welche von vielen Leuten benutzt würde, die weit schmugger wären und viel schlechtere Zigarren rauchten als die Bahnmeister. (Heiterkeit.) Der Etat würde eine Aufbesserung des Gehalts der Bahnmeister sehr gut vertragen können, und wenn die Landesvertretung für die färglich besoldeten Beamten eintrete, so sei dies keine Aufforderung der Beamten.

Abg. Büchtemann hebt ebenfalls hervor, daß den Abgeordneten das Recht für die Beamten einzutreten, nicht verkümmert werden dürfe.

Der Titel wird bewilligt, worauf sich das Haus vertagt.
Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. Tagesordnung: Erat.
Schluß 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

+ Berlin, 18. Februar. Während in der deutschen Presse die Erörterungen über die kirchenpolitischen Verhandlungen aus Mangel an zuverlässigem Material über den Inhalt des Antwortschreibens Leo XIII. nahezu verflogen sind, kündigen die römischen Korrespondenten einer Reihe norddeutscher Blätter wiederholte bevorstehende Abschluß einer Verständigung zwischen Regierung und Vatikan an und, was das Neuerreichendste ist, eine Verständigung über den Kopf des Zentrums hinweg. Die lebte Prekampagne zwischen der „Nordb. Allg. Ztg.“ und der „Germania“ wird kurzweg als unwesentlich bezeichnet und dem Papst sowohl wie der preußischen Regierung die Absicht zugeschrieben, den lästigen stillen Partner, das Zentrum nämlich, bei Seite zu schieben. Die Richtigkeit der Informationen vorausgesetzt, würde demnach die malkontente Haltung des Zentrums erklärlich sein, ohne daß man berechtigt wäre, in derselben ein Symptom dafür zu sehen, daß die Verhandlungen, welche durch das Schreiben des Papstes vom 3. Dezember v. J. eröffnet worden sind, auch dieses Mal erfolglos bleiben werden. Indessen haben wir guten Grund zu der Annahme, daß die in Rede stehenden Meldungen, obgleich sie aus Rom kommen, im Irrthum sind, wenn sie von der Vorauflösung ausgehen, das letzte Antwortschreiben des Papstes habe auf dem Gebiete der Anzeigepflicht bei der Anstellung von Geistlichen Zugeständnisse gemacht oder in Aussicht gestellt, welche geeignet sein würden, die Basis für eine Abänderung der bezüglichen Bestimmungen der Maigesetze gegen den Widerspruch des Zentrums, also mit Unterstützung einer konservativ-liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses herbeizuführen. Den optimistischen Meldungen aus Rom liegt anscheinend ein Mißverständnis zu Grunde. Die Ausführungen der offiziösen Blätter der Kurie, daß diese für die politische Haltung des Zentrums im Reichstag und Abgeordnetenhaus in keiner Weise verantwortlich und auch nicht in der Lage sei, einen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklungen der Wissenschaft auszuüben, beweisen nichts weniger als das Vorhandensein eines Gegensatzes zwischen Kurie und Zentrum. Man kann in diesen journalistischen Wendungen nur die Absicht erkennen, das Zentrum auch ferner als Sturmblock gegen die Position der Regierung zu verwenden, ohne der Regierung gegenüber das bestehende Einverständnis eingestehen zu müssen. Wenn die Österreicher einen Frieden einzuläuten sollten, so wird das nicht der Friede zwischen der preußischen Regierung und der römischen Kurie sein.

Dublin, 17. Februar. Prozeß wegen des Komplotes zur Ermordung von Polizei-Offizianten und Beamten. In der heute fortgesetzten Verhandlung trat der Stadtrath James Carey, der sich unter den Angeklagten befindet, als Kronzeuge auf. Carey sagte aus, daß die bei den Worbishaten angewendeten Waffen aus London gesandt worden seien. Die Handlungen der Mörder wären durch Deputierte aus London dirigirt. Carey identifizierte sämtliche Gefangene bis auf zwei als Mitglieder der Mordverbindung. Forster sei ganze Tage hindurch in der Absicht, ihn zu ermorden, verfolgt worden. Carey erklärte ferner, daß er sowie andere Mitglieder der Verbindung der Meinung gewesen, die Fondi für die Mörder seien von der Londons gesandt worden. Zur Zeit der Ermordung Lord Cavendish und Burke's sei das Haupt der Verschwörung in Dublin eine mysteriöse Person, den verschwörern nur unter der Bezeichnung „Numero 1“ bekannt gewesen. Derselbe habe anscheinend viel Geld befehlt. Carey berichtete hierauf über die Ermordung Lord Cavendish' und Burkes. Der Angeklagte Bradby habe Burke angegriffen. Cavendish habe Bradby hierbei mit einem Regenschirm geschlagen. Lesterer habe sowohl Cavendish ermordet und sich hierauf umgewendet. Als er nun Burke an der Ecke liegen sahen, habe er diesem die Kehle durchschnitten. Carey bestätigte die

Aussagen anderer Zeugen vollkommen. Bei den Aussagen Carey's wurden die Gefangen von Schreden vollständig überwältigt.

Besonderen Eindruck machte die Aussage des Zeugen, 250 ausserseine Irlander hätten einen Eid geleistet, bei Todesstrafe allen Besiegeln des Geheimbundes zu geboren. Zum Tode seien verurtheilt gewesen der frühere König Comper, Forster und Burke.

Petersburg, 17. Februar. Unter Bezugnahme auf die Neuersungen Lord Granville's in Bezug auf Egypten im englischen Oberhause bemerkte das „Journ. de St. Petersburg“:

„Obne die Worte Granville's nach der übermittelten telegraphischen Analyse beurtheilen zu wollen, sei doch Grund vorhanden anzunehmen, daß die Antworten der Mächte einen verbindlichen Geist konstatiren, den jede von ihnen bei der Diskussion der Details dokumentieren werde.“

Hinsichtlich der Londoner Donaukonferenz sagt das Journal:

In dieser Beziehung erinnern wir daran, schon früher die Motive darlegte zu haben, welche die Konferenz bestimmen könnten, denjenigen Staaten, die die Verträge von Paris und Berlin nicht mit unterzeichneten, eine berathende Stimme nicht zuzugeben in Fragen, die ausschließlich von der Entscheidung der Großmächte abhängen, unter welchen dieser Vertrag geschlossen wurde. Andem wir unser volles Bedauern darüber ausdrücken, daß die rumänische Regierung sich über diese Motive nicht Rechenschaft gegeben und sich dadurch einem reinlichen Refus ausgesetzt hat, beabsichtigen wir durchaus nicht, den Werth der Rechte und Interessen dieses Königreichs, als eines unabhängigen Staates zu verkleinern. Ebenso wenig verkennen wir die Rechte und Interessen Serbiens und Bulgariens. Wir sind überzeugt, daß die londoner Konferenz unter voller Anerkennung der vorhandenen Bedürfnisse ihre Aufgabe erfüllen wird, ohne wirklich anerkannt werthe Interessen und Rechte zu verleugnen. Die Rechte Rumäniens werden, wie man hoffen muß, soweit es möglich ist, auf der Konferenz eine gerechte Berücksichtigung finden.“

— Heute Abend findet der erste offizielle Empfang bei dem österreichisch-ungarischen Botschafter, Grafen Wolkentin statt.

Die Beerdigung Richard Wagners.

(Telegramme.)

München, 17. Februar. Die Leiche Richard Wagners traf um 2½ Uhr Nachmittags auf dem Bahnhof ein und wurde von dem Flügeladjutanten des Königs, Baron Lebret, welcher einen großen Lorbeertrank überreichte, empfangen. Die Münchener Maler mit brennenden Flambeaux, Deputationen sämtlicher Münchener Gesangvereine mit umflossenen Fahnen, der Wagnerverein, alle eine große Zahl Lorbeerkränze tragend, bildeten Spalier. Der Zug fuhr unter den Klängen von Beethovens Trauermarsch ein. Auf Bitten der Witwe Wagners unterblieb jeder Gesang und jede sonstige Feierlichkeit. Die Kinder Wagners stiegen aus und nahmen in dem Salon des Königs ein ihnen offeriertes Diner ein; die Witwe blieb, unsichtbar für jeden, im Wagen. Um den Leichenwagen, welcher von den mitgebrachten Kränzen ganz überdeckt war, halten alle Deputationen bis zum Abgang nach Bayreuth mit dem Abendkourierzug Wacht.

München, 17. Februar, Abends. Die Leiche Richard Wagners ist mit dem Abendkourierge um 4¼ Uhr nach Bayreuth abgegangen. Die hervorragendsten Maler bildeten mit brennenden Flambeaux Spalier. Als der Zug sich in Bewegung setzte, intonirte die Hofkapelle Siegfried's Todtemmarsch. Im Zuge befand sich der Generaladjutant Graf Pappenheim als Vertreter des Königs bei den Begräbnisfeierlichkeiten. Das Hoftheater bleibt auf Befehl des Königs morgen geschlossen.

Bayreuth, 17. Februar. Die Leiche Richard Wagners trifft heute Abend 11 Uhr 25 Min. hier ein. Der König von Bayern wird bei den Begräbnisfeierlichkeiten durch den Generaladjutanten Grafen Pappenheim, der Großherzog von Baden durch den Hofkapellmeister Mottl vertreten sein. Zahllose Telegramme, Bouquets und Kränze sind eingelaufen und treffen noch fortlaufend ein. Das deutsche Kino in Prag telegraphirt durch den Abg. Dr. Schmeykal: „Wir geben unsere innigste Theilnahme an dem Verluste kund, welchen das deutsche Volk und die nationale Kunst durch das Hinscheiden des großen, unsterblichen Meisters zu tragen hat.“ Die deutschen Studenten Wiens telegraphiren: „Wir trauern tiefbewegt am Sarge des begeisterten, verehrten Meisters, des Schöpfers deutscher Kunst, des deutschen Mannes und deutschen Patrioten.“ Vor dem hiesigen Bahnhofe ist für die offiziellen Theilnehmer am Leichenzug ein Halbrund durch schwärz flaggte Märsche abgegrenzt und innerhalb desselben eine Rednerbühne aufgestellt. Alle Gaslaternen werden während des Leichenzuges in schwarzer Florverhüllung brennen; alle Glöden werden geläutet, die Läden geschlossen. Das Theater, die Kirchhürme, das Rathaus und die meisten Privathäuser sind schwarz bestaggt. Die erste Rede wird der Bürgermeister Münker namens der Stadt Bayreuth halten; der Bürgermeister, der Reichstagsabgeordnete Feustel, der Gemeindevorsteher Meyer und der Verwaltungsrath, Bankier Groß, werden die Zipsel des Bahrtuches tragen. Während der Aufbahrung spielen zwei Regiments-Musikchöre den Siegfrieds-Todtemmarsch; daran schließen sich Gesänge von Vereinen und die weiteren Reden. Der Menschenzufluss wird voraussichtlich ein sehr großer sein. Das Wetter ist kalt.

Sonntag 18. Februar, früh. Kurz vor 12 Uhr traf der Zug mit der Leiche Richard Wagners hier ein, von der am Bahnhofe versammelten mehrere Hundert zählenden Menschenmenge mit ehrfurchtsvollem Schweigen begrüßt. Deputationen hiesiger Bürger übernahmen während der Nacht den Ehrendienst bei dem auf dem Bahnhofe verbleibenden Leichenwagen. Bei der Ankunft des Zuges befanden sich auf dem Bahnhofe zum Empfang anwesend: der Bürgermeister Münker, die Mitglieder des hiesigen Wagnerkomitee, die Verwaltungsräthe Feustel von hier, Heckel aus Mannheim, Schön aus Worms und viele musikalische und journalistische Celebritäten. Die Ehrenwache bei dem Leichenwagen wurde aus 27 Mann der hiesigen Bürgerfeuerwehr gebildet. Mit dem Zuge langte als Vertreter des Königs, der Generaladjutant Graf Pappenheim, hier an; ferner sind hier eingetroffen die Hofkapellmeister Ley aus München und Hans Richter aus Wien, Prof. Jul. Hey aus München, die Musikdirektoren Hansky aus Prag, Borges aus München,

Klingemann aus Hannover, Hansleben aus Rotterdam, S. Hamm aus Brüssel, Kliebert aus Würzburg u. A. Frau Cosima Wagner befand sich bei der Ankunft in einem so leidenden Zustande, daß sie von dem Bankier Groß und dessen Gemahlin aus dem Wagen gehoben und zu ihrer Equipage mehr getragen als geleitet werden mußte.

Sonntag, 18. Februar, Nachmittags 3 Uhr 30 Minuten.

Eine schon jetzt zahllose Menschenmenge, die von Minute zu Minute wächst, harrt des Beginns der Leichenfeier. Die vorbehangenen Straßenlaternen brennen in düsterem Schein von fast jedem Hause wehen Trauerflaggen. Der Leichenwagen ist mit Epheu, Farren und Lannenreis-Kränen geschmückt; auf dem kupfernen Sarge ruht ein herrlicher Krantz mit der Inschrift „König Ludwig von Bayern dem Wort- und Tonrichter Richard Wagner“. Der Krantz besteht aus den prächtigsten Blüthen und Palmenblättern. Ein eleganter Wagen ist schon überbaut mit Sträußen und Kränzen und noch tragen deren in großer Menge ein. So sandte Salzburg einen Edelweißkrantz, die Stadt Benedig und der Circolo artificiale di Venezia herrliche Kränze mit imitirten Begonialblättern, der Sänger Theodor Reymeyer von Benedig einen wunderbaren Krantz von Eichen- und Gallesblättern, die Sänger des Parfiss einen Krantz mit der Inschrift: „Dem Meister die Genossen des Gral.“ Prachtvoller Krantz trafen ferner ein von dem Münchener Hofopern-Orchester von der Societa musicale Benedetto Marcello in Benedig, der Widmung: „al sommo genio del arte, segno del eterno ammirazione“, von dem Verwaltungsrath des Bühnenfestspiels Professor Schön in Worms, vom Wagner-Verein in Berlin von den Hoftheater-Sängern in München, von dem Sänger Scaria, von dem Männergesangverein in Bozen, von Patronatsverein in Mannheim u. s. w.

Nürnberg, 17. Februar. Der „Korrespondent“ und für Deutschland“ berichtet die Errichtung eines einzigen großen Wagnerdenkmals, das in der durch Geldmittel gesammlten Erhaltung des Festspielhauses in Bayreuth, in den stattfindenden Musteraufführungen, Musikfesten, eventuell in einem Musikkabinett und einer Musikakademie zu bestehen hätte dem Sinne des Verstorbenen am Meisten entsprechen würde.

Locales und Provinzielles.

Bozen, 19. Februar.

† Personal-Veränderungen im V. Armee-Corps. Ruville, Sekonde-Lieutenant vom 1. Schles. Jäger-Batl. Nr. 5, das Rheinische Jäger-Batl. Nr. 8, v. Normann, Sekonde-Lieutenant vom Rheinischen Jäger-Batallohn Nr. 8, in das 1. Schlesische Jäger-Batallohn Nr. 5 versetzt. Wezel, Premier-Lieutenant vom Niederschlesischen Feld-Artill.-Regt. Nr. 5, in das Hessische Feld-Artill.-Regt. Nr. 11 versetzt. Laubde, Sekonde-Lieut. im R.-S. Feld-Art.-Regt. Nr. 5, zum Prem.-Lieut. befördert. Koleme, Portepeef. im demselben Regt., zum außerordentlichen Sek.-Lieut. befördert. v. Soldrath, Sekonde-Lieut. von demselben Regt., der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt. Fourrier, Portepeefähnrich vom Westpomm.-Ulanen-Regt. Nr. 1, in das Feld-Artill.-Regt. Nr. 15 versetzt. Ahold, Portepeefähnrich vom R.-S. Fuß-Artill.-Regt. Nr. 5, zum außerordentlichen Sekonde-Lieut. befördert.

— Das Generalkräftepersonal der hiesigen Garnison kam am Sonnabend in dem zu diesem Zweck gleichmäig deforierten Saal des Simon's Restaurants eine gesellige Zusammenkunft an, zu welcher diesmal auch die aus dem Corps hervorgegangenen Offiziere und die hier in den verschiedensten Berufsstellungen lebenden ehemaligen Kameraden eingeladen und ziemlich vollständig erschienen waren. Das hiesige Fest verlief in ungehörter Harmonie und zu allseitiger Freude. Alte Freundschaften wurden erneut, neue Bekanntschaften geknüpft, und auch bei den älteren Herren sprach sich allseitiger Wunsch einer gelegentlichen Wiederholung solcher Zusammenkünfte aus. Der Verlauf dieser ersten hat bewiesen, daß der echt familiäre Geist, durch welchen sich das Corps immer ausgezeichnet hat, ungebrochen fortbesteht. Möge es auch für die Folge so bleiben.

Telegraphische Nachrichten.

Weimar, 18. Februar. Der Landtag ist heute durch Staatsminister Stichling eröffnet worden. Die Propositionsschrift gedient rühmend des verstorbenen Ministers Thon bezeichnet als Hauptaufgabe der Session die Reform des Einkommensteuergesetzes. Außerdem werden Vorlagen betreffend die Zusammenlegung von Grundstücken und die Ablösung angeholt. Die Berathung des Staats wird für den Herbst vorbehalten. Der Staatsminister Stichling erklärt schließlich, daß das Ministerium im Geiste der früheren Regierung die Geschäfte des Landes führen werde.

Schwerin i. M., 18. Februar. Im großherzigsten Hoftheater fand gestern Abend eine Trauerfeier für Richard Wagner statt. Vor dichtgedrängtem Hause wurden Druckblätter aus „Rienzi“, den „Meistersingern“, den „Nibelungen“ und „Parival“, endlich die „Eroica“ von Beethoven aufgeführt.

Wien, 18. Februar. Der hiesige akademische Wagnerverein richtet einen Aufruf an alle Deutschen Kaiserreichs, welchem ausgeführt wird, daß das würdigste Denkmal für Richard Wagner die Sicherung dessen sein würde, was Wagner's Straße gewesen: eine Stätte, geweiht der Pflege der edelsten nationalen dramatischen Kunst. Der Aufruf schließt mit der Bitte, daß die opferwilligen Kräfte sich nicht in lokalen Unternehmungen zerstreuen, sondern den Ruf der in Bayreuth versammelten Freunde erwarten möchten, um sich dann zu gemeinsamer Feier zu vereinigen.

Paris, 17. Februar. Bezuglich der Ministerkrise ist die Situation unverändert. Präsident Grévy empfing bis zu dieser Stunde Niemand. Das Votum des Senats wird in dem Falle, daß die Deputirtenkommission keinen Entschluß fassen kann, von der Deputirtenkammer einen Antrag einbringen zu wollen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, Präsidenten zu bestimmen des Rechts der Staatspolizei auszuweisen.

Paris, 17. Febr. Im Senate spricht Challemel Lacour für den Antrag Barbey; er sagt, der Senate spricht die Folgen einer Ablehnung bedenken und einen Konflikt mit dem Deputirtenkammer vermeiden. Allou ist im Gegenteil der Meinung, daß die Annahme des Antrages Barbey eine Mi-

konflikte und der Krisen eröffnen werde. Leon Say von Washington erklären, daß sie den Antrag ablehnen werden, weil sie nicht wollen, daß man der Republik die willkürlichen Maßregeln des Kaiserreiches zum Vorwurf machen könne. Die Generaldiskussion wird geschlossen.

140 gegen 139 Stimmen beschließt sodann der

Senat

in die Spezialdiskussion einzutreten.

(Rechtsbewegung.) Justizminister Devès wendet sich lebhaft gegen Leon Say und fordert den Senat auf, den Antrag abzulehnen. Bei der Abstimmung über den Artikel 1 des Antrages wird derselbe mit 142 gegen 137 Stimmen abgelehnt; ebenso wird auch der Artikel 2 abgelehnt. Nach Abstimmung der beiden Artikel, aus welchen der Antrag besteht, will der Präsident nach der Geschäftsaufstellung den ganzen Antrag zur Abstimmung bringen. Diese Abstimmung unterbleibt aber, nachdem sich eine kurze Debatte darüber erhoben hatte. Die Abstimmung wurde alsdann aufgehoben.

Paris, 18. Februar.

In einem heute Vormittag in Elysé abgehaltenen Ministerrath nahm der Präsident Grévy definitiv die Enthaltung des Kabinetts an. Es heißt, der Präsident werde Jules Ferry zu sich berufen.

London, 16. Februar.

Das Unterhaus setzte die Adressen fort. Balfour beantragte ein Amendment zu dem kanadischen Amendment, in welchem die Unterstützung der zu einer befreundenden Lösung der egyptischen Frage notwendigen Maßregeln nicht schon früher Schritte geschehen seien, um England seine wichtigen Ziele ohne die Rothwendigkeit kriegerischer Operationen zu sichern. Das Amendment Balfours wurde von Northcote's Sohn unterstützt. Die Debatte dauerte den ganzen Abend fort und wurde schließlich vertagt. Das Amendment Balfour wurde mit 179 gegen 144 Stimmen abgelehnt. Von der Regierung wurden mehrere Bills eingebrochen, darunter eine Novelle zu dem Patent- und Markenrechtsgesetz. Der Antrag auf Einholung der neuen Bill über die Eidesleistung wurde in mehrfacher Debatte befämpft, welche schließlich mit Zustimmung der Regierung auf Montag vertagt wurde.

London, 17. Februar.

Die "Morning Post" erfährt, die Donaukonferenz habe beschlossen, die Donaukommission noch 8 Jahre fortzustehen zu lassen. Aufstand verlangt einen gleichen Zeitraum zur Bevollständigung der notwendigen Arbeiten an der Kiliämündung. Die für heute Nachmittag anberaumt gewesene Sitzung der Donaukonferenz ist auf nächsten Dienstag verschoben worden.

London, 18. Februar.

Der deutsche Verein für Kunst und Wissenschaft "Albenaeum" hatte gestern Abend in St. Georges Hall unter dem Protektorat des Herzogs und der Herzogin von Connaught eine Festvorstellung zum Beinen der durch die Überschwemmungen in Deutschland Beschädigten veranstaltet. Der Herzog und die Herzogin von Connaught, der Prinz und die Prinzessin von Wales, sowie die Elite der Londoner Deutschen, unter Graf Herbert Bismarck wohnten der Vorstellung bei. Den Glanzpunkt des Abends bildeten von Alma Tadema arrancierte lebende Bilder.

Konstantinopel, 17. Februar.

Zur Verständigung über die Besetzung des Postens des Generalgouverneurs des Libanon an Stelle Aittem Pacha's, dessen Funktionsdauer mit dem 23. April c. abläuft, werden die Botschafter der Mächte in Gemäßigkeit des Protokolls vom 9. Juni 1861, am 20. Februar hier zusammengetreten. — Der päpstliche Delegat Rotelli ist hier eingetroffen und von dem französischen Botschafter mit dem üblichen Ceremoniel empfangen worden.

Konstantinopel, 17. Februar.

Der Verwaltungsrath

der Bondholders wird am 26. d. drei Kundmachungen veröffentlicht, durch welche angekündigt wird: 1) daß, nachdem die Binsen für das abgelaufene Finanzjahr auf 1 pCt. festgesetzt worden sind, am 13. März c. 1/2 pCt. für das abgelaufene Semester auf die Titel aller türkischen Anleihen ausgezahlt werden sollen; 2) daß außer den bereits gezahlten 25 pCt. des Nominalkapitals der seit dem 1. Januar gezogenen türkischen Binsen noch 33. pCt., somit im Ganzen 58 pCt. für das abgelaufene Finanzjahr gezahlt werden sollen; 3) das für die uneingelöst gebliebenen türkischen Binsen, für welche im Ganzen 20 pCt. bezahlt werden sind, eine erste Akontozahlung von 3 pCt. geleistet werden soll.

Konstantinopel, 17. Februar.

Der italienische Botschafter Graf Corti wurde heute vom Sultan in einer Abschiedsaudienz empfangen. Derselbe begiebt sich auf Urlaub nach Rom und lehrt voraussichtlich nach der Beilegung des zweiten den italienischen Konsul in Tripolis betreffenden Zwischenfalls hierher zurück.

Bukarest, 16. Februar.

Die Kammer hat die Errichtung eines Ackerbau-Ministeriums genehmigt. Von der Regierung wurde ein Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Freihäfen in Galatz, Braila und Rostendsche eingebrochen, die Kammer beschloß für diesen Gesetzentwurf die Dringlichkeit.

Alexandrien, 17. Februar.

Die internationale Entschädigungs-Kommission beschloß in ihrer heutigen Sitzung, die Mitglieder der Kommission in vier Unter-Kommissionen zutheilen, von denen drei die Entschädigungsansprüche bis zum Betrage von 200 Pf. Sterl. zu prüfen haben, während die vierte Kommission sich mit der Frage des Grund-eigenthums beschäftigen soll. Die letztere Kommission ist hauptsächlich gewählt worden, um für die Arbeiterlosen Beschäftigung zu suchen. Man hofft, um für die vorläufige Prüfung in einem Monat, die Arbeiten der ganzen Kommission in sechs Monaten beendet sein werden. Die ägyptische Regierung dürfte bereit sein, Entschädigungen bis zum Gehaltsbetrag von 3 1/2 Millionen Pf. Sterl. zu leisten.

Washington, 18. Februar.

In parlamentarischen Kreisen

wurde man jetzt an, daß über die Tarifvorlage in dieser Session keine Einigung erfolgt. Der Senat wird jedoch Anstrengungen machen, seine Bill Anfangs dieser Woche durchzubringen. Das Repräsentantenhaus durfte ebenfalls bemüht sein, seine Bill durch Verkürzung der Debatte zur Annahme zu bringen.

Newyork, 16. Februar.

Die Überschwemmungen haben nicht weiter zugenommen, das Wasser fällt. In New-Albany (Indiana) sind 1200 Häuser eingestürzt, 5000 Personen sind

obdachlos. Die durch Überschwemmungen verursachten Verluste werden auf 1 Million Dollars geschätzt.

Newyork, 17. Februar.

In Braibwood (Illinois)

stürzte in Folge des durch die Überschwemmung gelockerten Erdbebens eine Diamantengrube ein. 74 Arbeiter, meistens Ausländer, sollen ums Leben gekommen sein.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Inserats übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar.

Datum Stunde	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
17. Nachm. 2	768,9	Nö lebhaft	ganzbeiter	-1,8
17. Abends 10	768,4	Süd mäßig	ganzbeiter	-4,8
18. Morg. 6	766,6	O lebhaft	beiter Reif	-6,7
18. Nachm. 2	765,4	O lebhaft	ganzbeiter	-0,5
18. Abends 10	764,4	Süd lebhaft	beiter	-4,3
19. Morg. 6	763,8	Nö mäßig	wollenlos	-7,0

Am 17. Wärme-Maximum: -10° Cels.

= Wärme-Minimum: -7° Cels.

= Wärme-Maximum: -0° Cels.

= Wärme-Minimum: -7° Cels.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 18. Februar Morgens 2,22 Meter.

19. Morgens 2,10

Telegraphische Börsenberichte.

Kond.-Course.

Frankfurt a. M., 17. Februar. (Schluß-Course.) Fest, österreichische Bahnlinien beliebt.

London. Wechsel 20,45. Pariser do. 81,125. Wiener do. 170,87. R. R.

G. — Rheinisch do. — Hess. Ludwigsl. 98 1/2 R. R. — Pr. Anth.

126 1/2 Reichsb. 102 1/2. Reichsb. 147 1/2. Darmst. 152 1/2 Meining.

Bf. 31. Ost- und Bf. 708 50 Kreditanlagen 257. Silberrente 67.

Goldrente 82 1/2. Ung. Goldrente 74 1/2. 1860er Loos 120 1/2.

1860er Loos 82 1/2. U. Staats. 224,00 do. Ostb. Obl. 11,

94 1/2. Böhm. Westbahn 251 1/2 Elisabethb. — Nordwestbahn 175 1/2.

Gailitz 258 1/2. Franzosen 284 1/2. Lombarden 120 1/2. Italiener 88 1/2.

1877er Russen 88 1/2. 1880er Russen 71. II Orientali. 57 1/2. Bentz.

Pacific 112 1/2. Diskonto-Kommandit. — III Orientali. 57. Wiener

Bankverein 98 1/2. 5% österreichische Papierrente 79. Buschbrader — Egypter 72 1/2. Gotthardbahn 108 1/2. Türke 12 1/2.

Naab-Schluz der Börse: Kreditanlagen 258 1/2. Franzosen 285 1/2. Gas-

ziger 259. Lombarden 120 1/2. II Orientali. — III Orientali. — Egypter — Gotthardbahn 120 1/2.

Frankfurt a. M., 18. Februar. Effekten-Sozietät. Kreditanlagen 256 1/2. Franzosen 284. Lombarden 119 1/2. Galizier 258 1/2. österreich.

Papierrente — Egypter 72 1/2. III Orientali. — 1880er Russen 70 1/2. Gotthardbahn 106 1/2. Deutsche Bank — Nordwestbahn 175 1/2.

Elbthal — Apr. ungar. Goldrente 74 1/2. Lotbr. Eisenwerke — Fest

auf Wien.

Die Anmeldungen auf die Finnlandische Staatseisenbahn-Anleihe

finden so zahlreich eingegangen, daß eine starke Überzeichnung zweifellos ist.

Leipzig, 17. Februar. Der Aussichtsrath der Leipziger Diskonto-Gesellschaft hat die diesjährige Dividende auf 7 Prozent festgesetzt.

Wien, 17. Februar. (Schluß-Course.) Schluz schwächer.

Papierrente 78,20 Silberrente 78,60 Oesterl. Goldrente 86,90.

6-proz. ungarische Goldrente 119,00. 4-proz. ung. Goldrente 87,65.

6-proz. ung. Papierrente 86,40. 1864er Loos 118,50. 1860er Loos 130,00. 1864er Loos 171,25. Kreditloose 171,00 ungar. Prämiens.

115,50. Kreditloose 249,00 Franzosen 332,00. Lombarden 141,00.

Galizier 302,75 Rausch-Oderb. 145,50. Nordböhmer 150,00. Nordwest-

bahn 204,75 Elisabethbahn 210,25 Nordbahn 272,50 Oesterreich-

ungar. Bant — Türl. Loos — Unionbank 115,00. Analo-

Kustr. 118,00 Wiener Bankverein 109,90. Ungar. Kredit 295,25.

Deutsche Blätze 58,45 Londoner Wechsel 119,70 Pariser do. 47,45.

Amsterdamer do. 98,90 Napoleon 9,49 Dukaten 5,61 Silber

100,00 Marknoten 58,45 Russische Banknoten 1,18 1/2. Lemberg-

Czernowitz — Kronpr. Rudolf 165,50. Franz-Josef —. Dan-

Rodenbach —. Böhm. Westbahn — Elbthal 222,75 Tramway

221,00. Buschbrader —. Oesterl. 5proz. Papier 92,90.

Wien, 17. Februar. (Abendbörse.) Ungar. Kreditaktien 296,00.

österl. Kreditaktien 294,20. Franzosen 332,75. Lombarden

140,90. Galizier 302,75. Nordwestbahn 204,25. Elbthal 223,00. österl.

Papierrente 78,12 1/2 do. Goldrente 96,80 ungar. 6 pCt. Goldrente

119,25 do. 4pCt. Goldrente 87,70 do. 5pCt. Papierrente 86,40.

Marknoten 58,45 Napoleon 9,49 Banque 110,00 Anglo-Austrian — Fest.

Paris, 17. Februar. (Boulevard-Course.) 3proz. Rente 79,25.

Anleihe von 1872 114,90. Italiener 87,85. österl. Goldrente —

Türken 11,95. Türkenschose 54,62 1/2. Spanier inter. — do. neu Spanier

61 1/2. Ungar. Goldrente —. Egypter 362,00. 3proz. Rente —.

1877er Russen —. Franzosen —. Lombarden —. Banque ottomanne 730,00. Suezkanal-Aktien —. Matti.

Paris, 17. Februar. (Schluß-Course.) Fest.

3proz. amortis. Rente 80,35. 3proz. Rente 79,55. Unleile. de 1872 115,35. Italien 3proz. Rente 88,10. Oesterl. Goldrente 83,83.

6proz. ungar. Goldrente 101,00. 4proz. ungar. Goldrente 74 1/2.

5proz. Russen de 1877 90,50. Franzosen 707,50. Lombard. Eisen-

Produkten-Börse.

Berlin, 17. Februar. Wind: N.D. Wetter: Leichter Frost, schön. Die von auswärtigen vorliegenden Nachrichten waren heute nicht dazu angebracht, dem heutigen Verkehr neuen Grund für feste Tendenzen zu liefern, im Gegenteil griff eine durchgängig flache Stimmung Platz. Von Loco-Weizen kamen nennenswerthe Umsätze nicht zur öffentlichen Kenntnis. Für Termine bestand, trotz der theilweise erhöhten New-Yorker Notierungen, ein ausgiebiges Realisations-Angebot, welches einen Rückgang von etwa 2 Mark im Gefolge hatte. Der Schluss war dann kaum fester.

Loco-Roggen stand zu unveränderten Preisen nur schwerfälligen Verlauf. Auf Termine wirkte die Weizen-Baisse ferner nachteilig, zumal Anfassungen russischer Waare manchmals Abgaben per Frühjahr veranlaßten. Während die nahen Sichten billiger verlaufen würden, haben sich Sommertermine, die übrigens wenig gehandelt wurden, fast völlig behauptet, so daß ein Anwachsen des Reports zu konstatieren war.

Loco-Hafer behauptet. Termine matt. Roggen mehr etwas billiger. Mais still. Termine schwächer. Rübel reing belebt und matt. Nähe Termine liehen sich etwas billiger anschaffen.

Petroleum fest. Spiritus folgte der allgemeinen Tendenz und stellte sich durchgängig ein Paar Groschen niedriger, schloß auch matt.

(Amtlich) Weizen per 1000 Kilogramm lolo 120—202 Mark nach Qualität, per diesen Monat — bez., per April-Mai 189,00—187 bezahlt, per Mai-Juni 191,5—189,5 bezahlt, per Juni-Juli 194—192,5 bez., Juli-August 194—192,5 d.s., per August-Sept. — bez., Sept.-Oktob. — bez. — Gefündigt — Btr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Roggen per 1000 Kilogramm lolo 115—188 nach Qualität, inländischer Hammel 116—123, guter 129—132, feiner 136—137, defekter ab Bahn bez., per diesen Monat und per Februar-März 187,00 bis — bez., per April-Mai 139,75—139,25 bez., per Mai-Juni 140,75 bis 140,00 bezahlt, per Juni-Juli 143—142,25 bezahlt, per Juli-August — bezahlt. Gefündigt 1000 Etr. Kündigungspreis — Mark per 1000 Kilogr.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 100—200 nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm lolo 112—150 nach Qualität, per diesen Monat —, per April-Mai 123,0 nom., per Mai-Juni 124,0 bis — Br., per Juni-Juli 125,75 bis — bezahlt. — Gefündigt — Bentner. — Künd. — M. per 1000 Kilogr.

Mais lolo 140—146 nach Qualität, per diesen Monat — M. Donaumais — M. per April-Mai 140 Br. 138 Gd. — Gefündigt — Btr. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogr.

Erbsen Kochmaare 150—220, Futterwaare 135—145 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Roggemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert infl. Sad. per diesen Monat und per Februar-März 19,85 bezahlt, ver April-Mai und Mai-Juni 20,05 bez., per Juni-Juli 20,20 bis — bez. Gefündigt 2500 Bentner.

Weizemehl Nr. 0 26,50—24,75, Nr. 0 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 22,00—21,00. — Roggenmehl Nr. 0 21,50—20,50, Nr. 0 u. 1 20,50. Keine Marken über Notiz bezahlt.

Rübel per 100 Kilogramm lolo mit Fas —, ohne Fas — bez. per diesen Monat und per Februar-März — bezahlt, per April-Mai 79,5—79,8—79,6 bezahlt, per Mai-Juni 77,5 Mark bezahlt, ver

Juli-August — bezahlt, per September-Oktob. 62,3 Is — bezahlt. Gel. — Btr.

Petroleum, raffiniert (Standard white) per Btr. mit Fas ab Posten von 100 Zentner, lolo — bez., per diesen Monat 24 M. bis per Februar-März und per März-April 23,8 M. bez., per Sept.-Oktob. — M. — Gefündigt — Bentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter lolo ohne Fas 51,9 bis — bez., lolo mit Fas — bezahlt, per diesen Monat und per Februar-März 52,1—52 bezahlt, per April-Mai 53,6—53,8 bis — bez., per Mai-Juni 53,8—53,8 bez., per Juli-August 54,5—54,4 bezahlt, per Juli allein — bis — bezahlt, per Juli-August 55,5—55,3 bez., per August-Sept. 55,7—55,5—55,6 bez., per September-Oktob. — bez. Gefündigt — Liter.

Bromberg, 17. Februar. [Bericht der Handelskammer.] Weizen unverändert, hochbunt und glasklar ferner 175—182 hellbunt gute mittlere Qualität 150—170 Mark, abfallende Qualität 120—140 Mark. — Roggen behauptet, lolo inländischer feiner 123—125 Mark, mittlere Qualität 120—122 Mark, abfallende Qualität 115—118 Mark. — Gerste normell, keine Brauwürze 125—130 M., große und kleine Müllergerste 110—120 M., Futtergerste 95—105 Mark. — Hafer loco 105—125 M. — Erbsen Kochmaare 140—160 M. Futterwaare 115—125 M. — Mais, Rüben und Kartoffeln ohne Handel — Spiritus niedriger, pro 100 Liter 30 Prozent 49—49,50 Mark. — Rubellurs 201,25 Mark.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 17. Februar. Die heutige Börse eröffnete in fester Haltung und mit meist wenig veränderlichen Kurzen. In dieser Beziehung waren die festen und theilweise höheren Notierungen der fremden Börsenpläne von bestimmendem Einfluß. Die Spekulation hielt sich aber hier sehr reservirt und Geschäft und Umsätze bewegten sich in sehr engen Grenzen. Im weiteren Verlaufe des Verlehrts schwächte sich die Haltung theilweise etwas ab, ohne daß das Geschäft an Regsamkeit gewann.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich im Allgemeinen gut bebaupen.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist fester Haltung.

Der Privatdiplont wurde mit 2% p.G. für seinstre Briebe notiert.

Auf internationalem Gebiet zeigten Österreichische Kreditattien etwas höher ein, gaben aber weiterhin wieder etwas nach bei mäßigen Umsätzen; Franzosen und Lombarden waren behauptet und sehr rubig. Von den fremden Fonds sind Russische Anleihen als fest bei kleinem Geschäft zu nennen, auch österreichisch-ungarische Renten waren recht fest.

Deutsche und preußische Staatsanleihe verlebten in fester Haltung mäßig lebhaft; inländische Eisenbahnprioritäten waren fest und theilweise gestragt.

Bankaktien waren fest; Diskonto-Kommandit-Anteile etwas besser.

Industriepapiere fest und ziemlich belebt; Montanwerthe theilweise etwas besser.

Inländische Eisenbahnaktien lagen schwach; Marienburg-Mianda und Ostpreußische Südbahn abgeschrägt, Altona-Kiel und Hamburg matter.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wochent-Kurie.	Ausländische Fonds.	Eisenbahn-Stamm- und Stammb-Prioritäts-Aktien	Berlin-Dresden, St. g. 4	102,90 v. G.	Berl.-Görlitzer ton. 4	102,60 G	Berl.-B. (Elbth.) 5	87,00 v. G.	Kord. Bank 104	167,50 G
Amsterd. 100 fl. 8 T. 5½ 169,15 bz	Newport. St.-Anl. 6	do. do. 7	Aachen-Maastrich 1	52,80 bz G	Berl.-Hamb.-ll. G. 4	101,00 G	Raab-Graß (Prantl) 4	84,50 B	Kord. Grundsb. 0	46,10 G
Brüss. u. Antwerpen 100 fr. 8 T. 4 81,05 bz	Finnländ. Loose —	do. do. 7	Altona-Kiel 10	219,00 bz	Berl.-P.-Ngb. A.B. 4	100,90 bz	Reich.-P. (S.-A. B.) 5	104,50 B	West.-Krd. A. p. St. 104	518,00 G
London 1 Pfst. 8 T. 4 20,445 bz	Italienische Rente 5	do. do. 6	Berlin-Dresden 0	13,60 bz G	Berl.-St. ll. II. 4	103,49 B	Schweiz-Err. A. D. B. 4	123,50 G	Oldenb. Spar.-B. 15	152,50 G
Paris 100 Fr. 8 T. 3½ 81,10 bz B	Do. Tabaks-Obl. 6	do. do. 6	Berlin-Hamburg 17½	357,75 bz B	Berl.-P. 100% 3	285,50 G	Söd. Bahn 100% (Lomb.) 3	108,40 G	Bettersb. Dis.-B. 14	105,50 G
Wien, östl. Währ. 8 T. 4½ 77,75 bz	Do. Gold-Rente 4	do. do. 6	Bresl.-S.-Fr. 4½	105,90 bz	do. Lit. O. neue 4	101,90 bz	do. do. neue 3	101,60 G	Pomm. Hyp.-Bt. 0	41,50 G
Petersb. 100 R. 3 W. 6 201,30 bz	Do. Papier-Rente 4	do. do. 6	Dortm.-Gron.-E. 2	57,50 bz G	do. Lit. D. neue 4	103,50 G	Teibigbahn 5	84,75 B	Potener Prov. 7½ 119,50 G	
Wien 100 R. 8 T. 7 201,90 bz	Do. Silber-Rente 4	do. do. 6	Valle-Sor.-Gub. 0	26,40 bz	B.-Schw.-J. D. E. F. 4	101,00 G	Bo. Landw. B. 5		Bo. Sprit.-Bank 5	73,50 G
	Do. 250 fl. 1854 4	do. do. 6	Mainz-Ludwigsb. 3½	93,50 B	do. Lit. G. 4	103,00 B	Bo. Sprit.-Bank 6½ 108,50 G		Br. Bodn. B. 6½ 123,60 G	
	Do. Kredit. 1858 4	do. do. 6	Karb.-Mawla 3½	115,50 bz B	do. Lit. H. 4	103,00 B	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. Lott.-A. 1860 5	do. do. 6	Mdl. Frdr. Fran. 7½	181,00 bz G	do. Lit. I. 4	103,00 B	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1864 4	do. do. 6	Münst.-Enchede 0	9,00 bz G	do. Lit. K. 4	103,00 B	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1872 5	do. do. 6	Nordb.-Erf. gar. 0	27,50 bz G	do. de 1876 5	104,40 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1873 5	do. do. 6	Osth. A.C.D. E. 11½	248,25 bz G	do. de 1878 5	104,50 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G		Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1877 5	do. do. 6	Poln. Pfandbrief 5	62,70 bz	do. Lit. B. gar. 1½	184,60 bz G	Cöln-Mind. 3½ g. IV 4	101,00 B	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1878 5	do. do. 6	Do. Liquidat. 4	54,70 B	do. V. 2½	9,00 bz G	do. V. Em. 4	101,00 B	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1879 5	do. do. 6	Rum. mittel u. ll. 8	109,25 bz	Do. VI. Em. 4	104,60 G	do. VI. Em. 4	104,60 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1880 4	do. do. 6	St.-Obligat. 6	103,20 bz B	Do. VII. Em. 4	103,00 B	Do. VII. Em. 4	103,00 B	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1881 4	do. do. 6	Russ. Engl. Anl. 5	103,50 G	Do. VIII. Em. 4	103,00 G	Do. VIII. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1882 5	do. do. 6	Do. do. kleine 5	84,60 bz G	Do. IX. Em. 4	103,00 G	Do. IX. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1883 4	do. do. 6	Do. tons. Anl. 1871 5	85,40a30bzB	Do. X. Em. 4	103,00 G	Do. X. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1884 5	do. do. 6	Do. kleine 5	85,50 a40 bz	Do. XI. Em. 4	103,00 G	Do. XI. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1885 4	do. do. 6	Do. 1872 5	85,40a30bzB	Do. XII. Em. 4	103,00 G	Do. XII. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1886 5	do. do. 6	Do. 1880 4	101,20a20bzB	Do. XIII. Em. 4	103,00 G	Do. XIII. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1887 4	do. do. 6	Do. Orient-Anl. 1,5	57,20 bz G	Do. XIV. Em. 4	103,00 G	Do. XIV. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1888 4	do. do. 6	Do. do. 11 5	57,20 bz	Do. XV. Em. 4	103,00 G	Do. XV. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1889 4	do. do. 6	Do. do. III. 5	57,20 bz	Do. XVI. Em. 4	103,00 G	Do. XVI. Em. 4	103,00 G	Br. Hyp.-Akt.-Bt. 4½ 84,00 G	
	Do. 1890 4	do. do. 6	Do. do. 11 5	57,20 bz	Do. XVII. Em. 4	103				